Bundesblatt

Bern, den 27. Oktober 1972 124. Jahrgang Band II

Nr. 44

Erscheint wöchentlich. Preis: Inland Fr. 44.– im Jahr. Fr. 26.– im Halbjahr, Ausland Fr. 58.– im Jahr, zuzüglich Nachnahme- und Postzustellungsgebühr. Inseratenverwaltung: Permedia, Publicitas-Zentraldienst für Periodika, Hirschwangstrasse 36, 6002 Luzern, Tel. 0-41/23 66 65

11 404

Botschaft

des Bundesrates an die Bundesversammlung über steuerliche Massnahmen

**(Erhöhung von Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer; Ausgleich der Folgen
der kalten Progression)**

(Vom 2. Oktober 1972)

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir beehren uns, Ihnen gestützt auf die Verfassungsbestimmungen über die Finanzordnung des Bundes 1971–1982 den Erlass eines Bundesbeschlusses sowie eines Bundesgesetzes vorzuschlagen. Diese Vorlagen bezwecken die Beschaffung von Mehreinnahmen für den Bund (ab 1974) durch Aufhebung der geltenden Ermässigung von 5 Prozent bei der Wehrsteuer (Bundesbeschluss) und durch Erhöhung der Warenumsatzsteuer und der Wehrsteuer, ferner den Ausgleich der Folgen der kalten Progression bei der Wehrsteuer (Bundesgesetz). Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass Ihre beiden Räte die Beratungen so beschleunigen werden, dass eine allfällige Volksabstimmung (fakultatives Referendum) über das Bundesgesetz spätestens im September 1973 erfolgen kann.

1 Übersicht

Zweck der Vorlagen ist es, die in die Finanzordnung des Bundes für die Jahre 1971–1982 eingebaute sogenannte Flexibilitätsreserve mit Wirkung ab Finanzjahr 1974 auszuschöpfen, um der drohenden Verschlechterung der Finanzlage des Bundes zu begegnen. Zur Erreichung dieses Zieles soll durch allgemeinverbindlichen, nicht dem Referendum unterstehenden Bundesbeschluss die derzeit bei der Wehrsteuer geltende Ermässigung von 5 Prozent aufgehoben werden (Art. 8 Abs. 3 Bst. f UeB-BV). Ferner sollen durch Bundesgesetz sowohl bei der Warenumsatzsteuer als auch bei der Wehrsteuer die Steuersätze um einen Zehntel erhöht werden (Art. 41^{ter} Abs. 3 a.E. und 5 Bst. c Satz 3 BV).

Artikel 41^{ter} Absatz 5 Buchstabe c letzter Satz BV beauftragt den Bundesgesetzgeber, für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen die Folgen der kalten Progression periodisch auszugleichen. Dieser verfassungsrechtliche

Auftrag soll im Bundesgesetz über die Steuererhöhungen durch eine Streckung von 10 Prozent der Teilstufen des 1971 beschlossenen Tarifes der Wehrsteuer vom Einkommen der natürlichen Personen mit Wirkung ab 1973 erfüllt werden.

Die beiden Vorlagen sollen dem Bund Mehreinnahmen von netto 389 Millionen Franken im Jahre 1974 und von 526 Millionen Franken im Jahre 1975 einbringen.

2 Allgemeiner Teil

21 Beschaffung von Mehreinnahmen

aus Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer (Ausnützung der Flexibilität) und Ausgleich der Folgen der kalten Progression bei der Wehrsteuer

211 Notwendigkeit von Mehreinnahmen für den Bundesfinanzhaushalt

Auf Grund der Vorarbeiten für den Voranschlag des Bundes für das Jahr 1973 und die Finanzplanung für die folgenden Jahre zeichnet sich eine zunehmende Verschlechterung der Finanzrechnung ab.

Die eidgenössische Staatsrechnung 1971 schloss bereits erheblich schlechter ab, als budgetiert war. Bei der Finanzrechnung betrug die Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag gut 200 Millionen Franken und gegenüber der Rechnung 1970 sogar über 500 Millionen Franken. Wohl gelang es, angesichts der aus konjunkturpolitischen Rücksichten tief gehaltenen Ausgaben, für das Jahr 1972 einen Voranschlag mit einem Einnahmenüberschuss von 180 Millionen Franken vorzulegen. Wie die bisherige Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen im laufenden Jahr indessen zeigt, erscheint es heute als sehr fraglich, ob ein Einnahmenüberschuss erzielt werden kann.

Eine unerfreuliche Entwicklung bahnt sich für 1973 und die folgenden Jahre an, da die Ausgaben, abgesehen von der Teuerung, namentlich wegen stark steigender Aufwendungen für Bundesbeiträge und für die Sozialversicherung mit verschärftem Tempo zunehmen, dem das Wachstum der Fiskaleinnahmen trotz günstiger Konjunkturlage nicht zu folgen vermag. Auch mit einschneidenden Ausgabenkürzungen selbst für Aufgaben von erheblicher Bedeutung wird es nicht möglich sein, für die nächsten Jahre ausgeglichene Voranschläge zu unterbreiten. In grösserem Umfang müssen daher Ausgaben auf später aufgeschoben werden, so dass die aus konjunkturpolitischen Erfordernissen unerlässlichen Abstriche an den Bedarfsmeldungen der Departemente nicht im ganzen Umfange endgültige Entlastungen bedeuten, sondern zum Teil auf Kosten der Rechnungen späterer Jahre gehen und alsdann das Auseinanderklaffen von Ausgaben und Einnahmen noch verstärken. Diese Verlagerung fällt um so mehr ins Gewicht, als grössere Ausgaben, wie zum Beispiel für das Bildungswesen, für das Entwicklungskonzept zugunsten des Berggebietes und für die Raumplanung, noch bevorstehen.

Der finanzielle Engpass wird durch die als Folge des Freihandelsabkommens mit der EWG bereits im Jahre 1973 einsetzenden und sich im Zeitraum von 5 Jahren steigenden Ausfälle bei den Zöllen noch verschärft. Die Einnahmen

aus der Tabakbesteuerung wiesen in letzter Zeit ein stark verlangsamtes Wachstum auf, und auch bei der Wehrsteuer (insbesondere der juristischen Personen) kann nicht mehr mit der gleich hohen Elastizität (Wachstumsrate des Steuerertrages im Vergleich zu derjenigen des Bruttosozialprodukts) wie früher gerechnet werden. Mit der Botschaft zum Voranschlag 1973 und dem im Anschluss daran erscheinenden Bericht zum Finanzplan für die Jahre 1974/75 werden wir in der Lage sein, über die sich abzeichnende Entwicklung des Bundesfinanzhaushaltes einlässlicher zu orientieren (vgl. Anhang, Tab. Nr. 1 und 2).

Nun ist bekanntlich in die am 6. Juni 1971 von Volk und Ständen angenommene und rückwirkend auf den 1. Januar 1971 in Kraft gesetzte Finanzordnung 1971–1982 (BB vom 24. Juni 1971/AS 1971 907) auch eine gewisse Flexibilität eingebaut worden: Sowohl bei der Warenumsatzsteuer wie auch bei der direkten Bundessteuer (Wehrsteuer) können die Steuersätze durch Bundesgesetz höchstens um einen Zehntel erhöht werden (Art. 41^{ter} Abs. 3 a. E. und 5 Bst. c Satz 3 BV); überdies kann bei der Wehrsteuer die heute geltende Ermässigung von 5 Prozent durch allgemeinverbindlichen, nicht dem Referendum unterliegenden Bundesbeschluss aufgehoben werden (Art. 8 Abs. 3 Bst. f UeB-BV). Die tatsächliche Flexibilität beträgt damit bei der Warenumsatzsteuer 10 Prozent, bei der Wehrsteuer 15/95.

Auf Grund der sich bei den Bundesfinanzen in den kommenden Jahren abzeichnenden Lage hat die Finanzkommission des Nationalrates am 20. September 1972 folgendes Postulat 11 410 eingereicht, das der Nationalrat am 27. September angenommen hat:

Der Bundesrat wird ersucht, zu prüfen, ob nicht durch eine gleichzeitig mit dem Budget 1973 zu unterbreitende Vorlage die Sätze der Warenumsatzsteuer und der direkten Bundessteuer im Sinne von Artikel 41^{ter} Absätze 3 und 5 der Bundesverfassung um einen Zehntel erhöht und die derzeitigen Ermässigungen, bei der direkten Bundessteuer gemäss Artikel 8 Absatz 3 der Übergangsbestimmungen zur Bundesverfassung aufgehoben werden sollten.

Bei den Beratungen über die Finanzordnung 1971–1982 hat wohl niemand mit der Notwendigkeit gerechnet, dass die bei Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer eingebauten Flexibilitätsreserven schon so bald ausgeschöpft werden müssten. In Anbetracht der dargestellten finanziellen Entwicklung erscheint es indessen heute als unumgänglich, im Sinne des Postulates der Finanzkommission des Nationalrats unverzüglich von der durch die Finanzordnung gegebenen Möglichkeit zur Beschaffung von Mehreinnahmen durch Ausnützung der darin eingebauten Flexibilität bei Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer Gebrauch zu machen.

212 Erhöhung der Warenumsatzsteuer ab 1. Januar 1974

Bei der Warenumsatzsteuer kann eine Erhöhung der Sätze um einen Zehntel im Rahmen von Artikel 41^{ter} Absätze 3 und 6 BV in Verbindung mit Artikel 8 Absatz 1 UeB-BV durch Bundesgesetz erfolgen. Wird ein solches Bundesgesetz spätestens in der Märzsession 1973 von den eidgenössischen Räten verabschiedet,

dann kann die Erhöhung (nach Ablauf einer je dreimonatigen Referendums- und eventuellen Abstimmungsfrist und einer weiteren Frist von drei Monaten für die erforderliche Anpassung bei den steuerpflichtigen Unternehmen) frühestens auf den 1. Januar 1974 in Kraft gesetzt werden. Die Erhöhung würde sich mithin einnahmenmässig im Jahre 1973 überhaupt noch nicht auswirken, sondern erst 1974. In diesem Jahr würde sich eine Mehreinnahme von bloss drei Vierteln (263 Mio. Fr.) der theoretischen 350 Millionen Franken Mehrertrag der Warenumsatzsteuer ergeben, weil bei Inkrafttreten der Satzerhöhung auf den 1. Januar 1974 die entsprechenden Mehreinnahmen erst am Ende der ersten vierteljährlichen Abrechnungsperiode, d.h. ab 1. April 1974, zu fliessen beginnen (vgl. BG-Entwurf, Art. 1; Anhang, Tab. Nr. 3).

213 Erhöhung der Wehrsteuer ab Steuerjahr 1973

Die Wehrsteuer wird für je zwei Jahre veranlagt (die Steuerjahre 1971 und 1972 bilden die gegenwärtig laufende 16. Veranlagungsperiode) und jährlich erhoben (Art. 7 WStB). Die der Veranlagungsperiode vorausgehenden zwei Jahre (für die 16. Periode sind es die Jahre 1969 und 1970) bilden die sogenannte Berechnungsperiode (Art. 41, 58, 61, 62 WStB). Die Wehrsteuer wird durch den Kanton bezogen, in dem die Veranlagung vorgenommen wurde (Art. 113 WStB). Das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement bestimmt den allgemeinen Fälligkeitstermin der jährlich zu entrichtenden Wehrsteuer und setzt den Vergütungszins fest für Zahlungen, die vor dem Fälligkeitstermin geleistet werden (Art. 114 WStB). Wird der Wehrsteuerbetrag binnen 30 Tagen seit der Fälligkeit nicht entrichtet, so ist er vom Ablauf dieser Frist an zu den vom Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement festgesetzten Bedingungen verzinslich (Art. 116 WStB). Durch Verfügung vom 22. März 1971 (AS 1971 368) hat das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement die Fälligkeitstermine der 16. Veranlagungsperiode wie folgt festgesetzt: für die Steuer des Jahres 1971 auf den 1. März 1972 und für die Steuer des Jahres 1972 auf den 1. März 1973.

Schematisch dargestellt ergibt sich bei der Wehrsteuer folgender zeitlicher Ablauf:

Steuerperiode	Steuerjahre	Berechnungsjahre	Steuererklärung (Febr./März)	Bezug (März)
16.	1971 und 72,	Ø 1969/70	1971	1972 und 73
17.	1973 und 74	Ø 1971/72	1973	1974 und 75
18.	1975 und 76	Ø 1973/74	1975	1976 und 77
...	...	...	...	...

Im Voranschlag des Bundes 1973 erscheint als Einnahme aus der Wehrsteuer der im März 1973 erfolgende Bezug der für das zweite Steuerjahr der 16. Periode (1972) geschuldeten Wehrsteuer (1430 Mio. Fr.; vgl. Anhang, Tab. Nr. 2 und 3). Zu entrichten ist 1973 also die Wehrsteuer für das Jahr 1972, bemessen nach dem Durchschnitt der Berechnungsjahre 1969 und 1970.

Ein Beschluss der eidgenössischen Räte, diese im Jahre 1973 fällig werdende Steuerleistung durch Aufhebung der 5prozentigen Ermässigung und durch Einführung eines Steuersatzzuschlages von einem Zehntel zu erhöhen, käme, da es sich um die Steuer für das Jahr 1972 handelt, einer rückwirkenden Änderung des Steuergesetzes gleich, die, weil sie eine Mehrbelastung mit sich brächte, nach Theorie und Praxis unzulässig ist. Zudem konnten für die Wehrsteuern der Jahre 1971 und 1972 die gemäss Finanzordnung 1971–1982 erhöhten Sozialabzüge (Art. 8 Abs. 3 Bst. b Ziff. 1 UeB-BV) nicht gewährt werden, weil die Finanzordnung 1971–1982 erst Ende Juni 1971 rückwirkend auf Anfang 1971 in Kraft trat; sie mussten durch eine erhöhte Ermässigung (Staffelrabatt) auf dem Wehrsteuerbetreffnis ersetzt werden. Deshalb bestimmte Artikel 8 Absatz 4 UeB-BV, dass bei den von natürlichen Personen für die Jahre 1971 und 1972 geschuldeten Wehrsteuern sich die Ermässigung von 5 Prozent auf den ersten 100 Franken der Jahressteuern auf 25 Prozent und auf den nächsten 400 Franken auf 15 Prozent erhöht. Da dieser die erhöhten Sozialabzüge für die Steuerjahre 1971 und 1972 ersetzende Staffelrabatt verfassungsrechtlich (UeB-BV) festgelegt ist, kann er durch ein Bundesgesetz nicht rückwirkend aufgehoben werden. Überdies sind mit der Jahressteuer 1971, deren Zahlung im Frühjahr 1972 fällig war, von einem Drittel der Steuerpflichtigen auch schon die Jahressteuern für 1972, die erst 1973 fällig werden, entrichtet worden, wofür sie einen Vergütungszins erhielten; gegenüber diesen Steuerpflichtigen müssten bei einer rückwirkenden Erhöhung der Steuerbelastung Nachforderungen gestellt werden. Schliesslich ist nicht zu übersehen, dass, um die Steuerrechnungen für die Wehrsteuer 1972 auf den 1. März 1973 herauszubringen, die kantonalen Bezugsbehörden spätestens ab November/Dezember 1972 die entsprechenden Rechnungen vorbereiten müssen, so dass auch rein technisch eine Ausnützung der Flexibilität bei der Wehrsteuer für die 1973 fällige Wehrsteuer 1972 die grössten Schwierigkeiten bereiten würde. Alle diese Gründe führen zum eindeutigen Schluss, dass die 1973 für das Steuerjahr 1972 zu beziehende Wehrsteuer nicht erhöht und somit durch Ausnützung der Flexibilität für das Jahr 1973 bei der Wehrsteuer keine Mehreinnahme erzielt werden kann.

Im Frühjahr 1973 haben die Steuerpflichtigen die Wehrsteuererklärung für die 17. Wehrsteuerperiode, nämlich für die Steuerjahre 1973/74, abzugeben und darin das in der entsprechenden Berechnungsperiode (Jahre 1971/72) erzielte Einkommen zu deklarieren. Will man bei der für 1973 (und für 1974) geschuldeten Wehrsteuer, die im März 1974 (bzw. März 1975) zur Zahlung fällig werden wird und erst in der Finanzrechnung 1974 (bzw. 1975) als Einnahme erscheint, die durch die Finanzordnung eingeräumte Flexibilität ausnützen, ist es unerlässlich, spätestens im März 1973 entsprechende Beschlüsse der eidgenössischen Räte zu fassen. Durch allgemeinverbindlichen, nicht referendumsfähigen Bundesbeschluss kann die durch Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe f UeB-BV eingeführte 5prozentige Ermässigung abgebaut und damit die Anwendung der vollen Steuersätze (9,5% natürliche Personen, 8% juristische Personen, 3% auf dem 5,5 Prozent des Warenpreises übersteigenden Teil der Rückvergütungen und Rabatte) bewirkt werden. Dagegen können die Steuersätze auf diesem Wege nicht um weitere 10 Prozent (auf 10,45% für natürliche, 8,8% für juristische

Personen, 3,3% auf Rückvergütungen und Rabatten) erhöht werden; dazu bedarf es vielmehr eines dem Referendum unterstehenden Bundesgesetzes (Art. 41^{ter} Abs. 5 und 6 BV).

Die volle Ausnützung der Flexibilität ergäbe für 1974 und 1975 je einen Wehrsteuermehrertrag von brutto 270 Millionen Franken (vgl. Anhang, Tab. Nr. 3).

Eine rasche Verabschiedung (spätestens in der Märzsession 1973) der notwendigen gesetzgeberischen Erlasse drängt sich deshalb auf, um den Vorwurf der rückwirkenden Steuersatzerhöhung zu vermeiden. Weil ein Bundesgesetz über die Erhöhung der Wehrsteuersätze um 10 Prozent erst nach Ablauf der Referendumsfrist und Durchführung einer allfälligen Volksabstimmung in Kraft gesetzt werden kann, muss die Inkraftsetzung im Laufe des Jahres 1973 rückwirkend auf den 1. Januar 1973 erfolgen. Der Fall liegt ähnlich wie beim Inkrafttreten der Finanzordnung 1971–1982, die erst Ende Juni 1971 erwhart, aber für die Wehrsteuer rückwirkend auf 1. Januar 1971 in Kraft gesetzt worden ist. Steuerpflichtige, die vor dem Inkrafttreten (unbenützter Ablauf der Referendumsfrist oder positiver Ausgang einer allfälligen Volksabstimmung) des Bundesgesetzes über die Erhöhung der Sätze der Wehrsteuer aus der Steuerpflicht ausscheiden (Aufgabe des Wohnsitzes in der Schweiz, Liquidation u. dgl.), würden die Wehrsteuern somit noch nach den gemäss Finanzordnung für die Steuerjahre ab 1973 anwendbaren Bestimmungen zu entrichten haben. Die Erhöhung trifft dagegen alle jene Wehrsteuerpflichtigen, die auch nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes wehrsteuerpflichtig sind. Auf diese Weise wird, wie schon bei der Finanzordnung 1971–1982, dem Grundsatz, dass Steuergesetze nicht mit rückwirkender Kraft ausgestattet werden sollen, wenn sie eine höhere Belastung vorsehen, Rechnung getragen. Gleiches gilt für den Bundesbeschluss über die Aufhebung der Ermässigung der Wehrsteuer.

214 Ausgleich der Folgen der kalten Progression bei der Wehrsteuer vom Einkommen der natürlichen Personen

Gemäss Artikel 41^{ter} Absatz 5 Buchstabe *c* letzter Satz BV sind die Folgen der kalten Progression für die Steuer vom Einkommen natürlicher Personen periodisch auszugleichen. Damit soll vermieden werden, dass der Teil des seit dem Erlasse des heutigen Tarifs gestiegenen Einkommens eines Steuerpflichtigen, der keinen realen Einkommenszuwachs bedeutet (Teuerungsausgleich), infolge der Progression einem höheren Steuersatz unterliegt. Es soll m. a. W. die gegenwärtige Tarifstruktur (Verhältnis der prozentualen Belastung zwischen verschiedenen hohen Einkommen), so wie sie im geltenden Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe *b* Ziffer 2 UeB-BV zum Ausdruck kommt, nicht wegen der eingetretenen Teuerung zu Ungunsten vor allem der kleinen und mittleren Einkommen verschoben werden.

Seit dem ersten Halbjahr 1971, in welchem der heute geltende Tarif von den eidgenössischen Räten beschlossen und von Volk und Ständen sanktioniert wor-

den ist, bis Ende 1972 zeichnet sich eine Teuerung von ungefähr 10 Prozent ab. Mit einer Streckung der Teilstufen des Tarifes der Wehrsteuer vom Einkommen der natürlichen Personen um 10 Prozent mit Wirkung ab 1. Januar 1973 würde dieser Entwicklung Rechnung getragen und damit der verfassungsrechtliche Auftrag erfüllt (vgl. BG-Entwurf, Art. 2 Abs. 1).

Diese Streckung der Teilstufen des Tarifs vermindert den Mehrertrag aus der Ausnützung der Flexibilität um 90 Millionen Franken. Dies wirkt sich besonders zugunsten der kleinen und mittleren Einkommen aus (vgl. Anhang, Tab. Nr. 3 und 4); die Hauptlast des Mehrertrags bei der Wehrsteuer wird mithin von den juristischen Personen und von den natürlichen Personen mit hohen Einkommen getragen.

22 Zur Frage des Übergangs zur jährlichen Veranlagung bei der Wehrsteuer (Postnumerandosystem)

221 Vorbemerkung

In unserem Bericht vom 13. März 1972 über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1971–1975 haben wir darauf hingewiesen, dass die in der Finanzordnung 1971–1982 verfassungsrechtlich verankerte sogenannte Flexibilitätsreserve kaum ausreichen werde, um einerseits die im Gefolge des Abkommens der Schweiz mit der EWG eintretenden Zollauffälle und anderseits den steigenden Finanzbedarf infolge zunehmender Aufgaben und Ausgaben zu decken. Leider hat die im vorangehenden Abschnitt aufgezeigte Entwicklung die Richtigkeit dieser Annahme rascher bestätigt, als dies zu erwarten war, da schon heute, d. h. kaum 1½ Jahre nach Annahme der Finanzordnung, die darin vorhandene Flexibilitätsreserve bei Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer ausgeschöpft werden muss. Einer künftigen Anpassung der Bundeseinnahmen an weitere Ausgabensteigerungen sind somit verfassungsrechtliche Schranken gesetzt: Mehreinnahmen aus der allgemeinen Verbrauchssteuer lassen sich wegen der systembedingten Grenzen mit der geltenden Umsatzsteuer kaum, sondern nur durch einen Übergang zum System der Mehrwertsteuer erreichen, was ausser einer Verfassungsänderung ein entsprechendes Ausführungsgesetz und dessen Einführung in der Wirtschaft erfordert; die notwendigen Vorarbeiten sind im Gange, mit dem Ziel, die Verfassungsabstimmung im Jahre 1975 durchzuführen. Auf dem Gebiete der direkten Steuern ist den heutigen verfassungsrechtlichen Schranken schon deshalb besonderes Gewicht beizumessen, weil hier mit dem Steueranspruch des Bundes die Ansprüche der Kantone auf das gleiche Steuersubstrat konkurrieren (vgl. Art. 41^{ter} Abs. 5 Bst. c BV).

Indessen kommen die in Artikel 41^{ter} Absatz 5 der Bundesverfassung für die direkte Bundessteuer verankerten Höchstsätze nach dem heute für die Wehrsteuer geltenden Erhebungsmodus und beim gegenwärtigen Verlauf der Konjunktur noch keineswegs voll zur Auswirkung. Stellt man nämlich auf das

Verhältnis der zu entrichtenden Steuerbeträge zu dem im Zeitpunkt der Steuerentrichtung verfügbaren Steuersubstrat (Einkommen, Reinertrag) ab, so ergibt sich aller Regel nach eine Steuerbelastung, die beträchtlich geringer ist als jene, die sich bei Anwendung der geltenden Steuersätze auf das im Zeitpunkt der Steuerfälligkeit fliessende Einkommen (Reinertrag) ergäbe. Diese unvollständige, weil verspätete Erfassung des vorhandenen Steuersubstrats ist die unausweichliche Folge des zurzeit bei der Wehrsteuer – und bei der Mehrzahl der kantonalen Einkommens- und Ertragssteuern – geltenden Systems der sogenannten Pränumerandobesteuerung mit zweijähriger Veranlagungsperiode (Steuererhebung auf Grund des Durchschnitts einer zweijährigen Berechnungsperiode in den auf die einzelnen Steuerjahre folgenden Jahren; vgl. Ziff. 213 hievor). Dieses System bewirkt, dass Einkommen und Ertrag mit einer beträchtlichen Verzögerung besteuert werden. Die fiskalischen Nachteile dieses Systems sind unter den heute gegebenen Verhältnissen offensichtlich: Die durch Verfassung und Gesetz vorgegebenen Steuersätze können entgegen dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht auf das im Zeitpunkt der Steuererhebung fliessende Einkommen, sondern regelmässig nur auf ein beträchtlich tieferes Einkommen der Vorjahre angewendet werden; die dadurch entstehenden Steuerausfälle sind beträchtlich. Diese Nachteile könnten zu einem wesentlichen Teil behoben werden, wenn vom heutigen System zum System der *Postnumerandobesteuerung mit jährlicher Veranlagung* übergegangen würde, bei dem Steuerjahr und Berechnungsperiode zusammenfallen und die für ein Steuerjahr geschuldete Steuer im folgenden Jahr veranlagt und erhoben wird. Da bei einem Übergang zu diesem System die sich aus dem heutigen Veranlagungssturnus ergebenden Steuerausfälle zum grossen Teil wettgemacht und damit die im Rahmen der heutigen Verfassung bestehende Flexibilitätsreserve zurückgewonnen werden könnte, erscheint es angezeigt, sich im Zusammenhang mit unserer heutigen Vorlage über die Erhöhung der Wehrsteuer auch mit der Frage eines Systemwechsels im erwähnten Sinne auseinanderzusetzen, ohne dass aber schon ein Antrag für einen solchen Wechsel gestellt werden soll.

222 Pränumerandosystem – Postnumerandosystem; Vor- und Nachteile

Das *geltende Wehrsteuererhebungssystem (Pränumerandobesteuerung)* bewirkt einen zeitlichen Aufschub (*time lag*) zwischen Einkommenserzielung und Steuererhebung von zwei bis vier Jahren. Dieser Umstand verhindert nicht nur den Einsatz der Steuerpolitik im Rahmen des *konjunkturpolitischen Instrumentariums*, sondern kann auch dazu führen, dass die zur Bekämpfung einer Überhitzung oder einer Rezession ergriffenen Massnahmen nicht-steuerlicher Natur auf weite Strecken durch das Steuererhebungssystem beeinträchtigt werden. Das Pränumerandosystem wirkt damit – und zwar in beiden Richtungen – verstärkend auf die Konjunkturentwicklung. So kann es nicht unwesentlich dazu beitragen, die unerwünschten Folgen einer aus dem Gleichgewicht gekommenen Konjunktur zu verstärken. Das geltende Pränumerandosystem ist deshalb,

vor allem auch im Rahmen der Arbeiten betreffend einen Konjunkturartikel der Bundesverfassung, Gegenstand berechtigter Kritik.

Neben diesen volkswirtschaftlichen sind es aber vornehmlich *steuerpolitische und steuerrechtliche Gründe*, welche die Einführung der Postnumerandobesteuerung als geboten erscheinen lassen. Die zweijährige Pränumerandobesteuerung mit Vergangenheitsbemessung beruht ihrem Wesen nach auf der Fiktion, dass das Einkommen der beiden Steuerjahre gleich hoch sei wie das im Durchschnitt der beiden vergangenen Berechnungsjahre erzielte. Solange die gesamt- und einzelwirtschaftlichen Verhältnisse sich noch in relativ ruhigen Bahnen bewegten, stimmte diese Fiktion auch weitgehend mit der Wirklichkeit überein. Mit dem Wegfall dieser Voraussetzungen zeigte sich jedoch immer mehr die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Vermutung eines über Jahre hinweg konstant bleibenden Einkommens. So wurden denn zunächst in den kantonalen Gesetzen die Veranlagungsperioden, welche noch vor 50 Jahren auch bei der Einkommenssteuer bis zu sechs Jahren betrug (Schwyz, Aargau, Thurgau), nach und nach verkürzt. Allein diese Massnahme genügte noch nicht, ergaben sich doch auch bei «nur» zweijährigen Veranlagungsperioden Unzulänglichkeiten und Härten, die oft nur über den Weg des Steuererlasses – eines Rechtsinstituts, dem auch heute noch der Geruch des behördlichen Gnadenaktes anhaftet – gemildert werden konnten. In immer stärkerem Masse musste in den Einkommenssteuergesetzen von Bund und Kantonen das Institut der sogenannten Zwischenveranlagung eingebaut oder erweitert werden (durch Finanzordnung des Bundes 1951–1954 erweiterter Art. 96 des Wehrsteuerbeschlusses). Mit der gesetzlichen Normierung der Zwischenveranlagung – vorübergehendes Abstellen auf das Gegenwartseinkommen beim Vorliegen wesentlicher Einkommensveränderungen aus bestimmten Gründen, wie Aufgabe der Erwerbstätigkeit, Berufswechsel usw. – lassen sich aber noch lange nicht alle Unzukömmlichkeiten des gegenwärtigen Pränumerandosystems ausschalten. Dazu kommt, dass die Vornahme von Zwischenveranlagungen regelmässig einen beträchtlichen Zeitaufwand erfordert und die Veranlagungsbehörden daher unverhältnismässig stark belastet.

Stichwortartig lassen sich die Vor- und Nachteile der beiden Erhebungssysteme wie folgt zusammenfassen¹⁾:

¹⁾ Dass das Postnumerandosystem dem Pränumerandosystem mit zweijähriger Veranlagung grundsätzlich überlegen ist, wird heute auch in der Schweiz anerkannt: Bericht der *Expertenkommission zur Revision des Zürcher Steuergesetzes*, Zürich 1949, S. 162; Bericht der *Studienkommission für eine Bundessteuer juristischer Personen*, Basel 1956, S. 40; *Heider M.*, L'imposition du revenu d'après le résultat acquis et d'après le résultat présumé en Suisse, Lausanne 1958, S. 105; *Niehans J.*, Probleme einer konjunkturgerechten Steuerpolitik, Basel 1958, S. 27 f.; *Isler E.*, Ein Beitrag zum Thema Pränumerando- oder Postnumerandobesteuerung, *Steuer-Revue* 1965, S. 417 ff.; *Botschaft des Regierungsrates des Kantons St. Gallen* über den Entwurf zu einem neuen Steuergesetz, vom 20. Mai 1969, S. 35 ff.; *Letsch H.*, Probleme und Möglichkeiten der schweizerischen Finanz- und Steuerpolitik im Dienste der Konjunktur- und Wachstumspolitik, Zug 1970, S. 7.

	Vorteile	Nachteile
Pränumerando-system	<ul style="list-style-type: none"> - Ausfüllen einer Steuererklärung nur jedes zweite Jahr - nur eine Veranlagung für zwei Steuerjahre 	<ul style="list-style-type: none"> - konjunkturpolitisch unerwünschte Auswirkungen (relativ niedrige Steuern in der Aufschwungphase, relativ hohe Steuern in der Rezession) - häufig auftretende Zwischenveranlagungen
Postnumerando-system	<ul style="list-style-type: none"> - einfache Gestaltung der Steuerformulare und einfachere Beschaffung der Unterlagen - Wegfall der Zwischenveranlagungen - Versteuerung des effektiv während der Existenzdauer eines Steuersubjektes erzielten Einkommens bzw. Reinertrages - konjunkturgerechte Steuererhebung - Angleichung an das in den übrigen europäischen Staaten praktizierte Erhebungssystem 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausfüllen der Steuererklärung jedes Jahr - jährliche Veranlagung

223 Skizze eines Überganges zur jährlichen Veranlagung bei der Wehrsteuer

Wäre es möglich, die für das Jahr 1973 geschuldete Wehrsteuer statt auf dem Durchschnitt der steuerbaren Einkünfte der Jahre 1971/72 (heutiges Pränumerandosystem) auf dem im Jahre 1973 erzielten steuerbaren Einkommen zu berechnen, so würde sich bei gleichen Steuersätzen ein Mehrertrag von über 25 Prozent ergeben. Dieser Mehrertrag wäre erheblich grösser als derjenige, der sich aus der vollen Ausnützung der Flexibilität (15/95) ergibt¹⁾.

M. a. W. könnte man, bei Anwendung des Postnumerandosystems bei der Wehrsteuer schon ab Steuerjahr 1973, nicht nur auf die Ausschöpfung der Flexibilität verzichten, sondern ausser der Ausgleichung der kalten Progression bei der Einkommenssteuer der natürlichen Personen eine über 5 Prozent hinausgehende Ermässigung vorsehen.

Zur Verwirklichung dieses Zieles müsste

- die für 1973 geschuldete Wehrsteuer vorerst nach bisherigem Recht (unter Ausschöpfung der Flexibilität) Anfang 1973 deklariert, auf dem Durch-

¹⁾ Fussnote siehe nächste Seite.

schnitt der Einkünfte 1971/72 berechnet, im Laufe des Jahres 1973 veranlagt und Anfang 1974 bezogen werden;

- Anfang 1974 eine neue Wehrsteuererklärung mit Angabe des im Jahre 1973 erzielten Einkommens abgegeben werden; die gestützt darauf berechnete Wehrsteuer für 1973 würde Ende 1974 nur insoweit erhoben, als sie die nach bisherigem System berechnete Wehrsteuer für 1973 übersteigt;
- ab 1975 jährlich eine Wehrsteuererklärung abgegeben werden, worin jeweils das Einkommen des vorhergehenden Kalenderjahres (Steuerjahres) angegeben und die Steuer auf diesem Einkommen berechnet würde.

224 Würdigung und weiteres Vorgehen

So wünschenswert eine rasche Verwirklichung des Übergangs zur jährlichen Veranlagung bei der Wehrsteuer an sich wäre, so ist doch nicht zu verkennen, dass eine solche Lösung verschiedene Nachteile aufweist, die besonders die Kantone belasten würden. Die Wehrsteuer wird für Rechnung des Bundes von den Kantonen veranlagt und bezogen. 21 Kantone erheben ihre eigenen Kantonssteuern vom Einkommen natürlicher Personen ebenfalls nach

1) Wehrsteuereinnahmen im Finanzjahr 1974 bei Pränumerandbesteuerung und Postnumerandbesteuerung

	Finanzjahr 1974					
	ohne Ausgleich der kalten Progression Mio. Fr.			mit Ausgleich der kalten Progression (10%) Mio. Fr.		
	Total	Bund	Kantone	Total	Bund	Kantone
<i>Pränumerandbesteuerung</i> Tarif 95% = geltendes Recht (= Wehrsteuer 1973, berechnet auf Durchschnittseinkom- men 1971/72, fällig 1974)	1 800	1 260	540	1 730	1 210	520
<i>Pränumerandbesteuerung</i> Tarif 110% = ausge- nützte Flexibilität	2 070	1 450	620	1 980	1 385	595
<i>Postnumerandbesteuerung</i> Tarif 95% = geltendes Recht (= Wehrsteuer 1973, berechnet auf Einkommen 1973, fällig 1974)	2 320	1 625	695	2 230	1 560	670

dem bei der Wehrsteuer geltenden zweijährigen Veranlagungsturnus; nur Baselstadt, Genf, Neuenburg und Solothurn kennen die jährliche Veranlagung. Ein kurzfristiger Übergang zur jährlichen Veranlagung für die Wehrsteuer würde es den Kantonen verunmöglichen, ihre eigenen Steuern gleichzeitig an dieses Erhebungssystem anzupassen.

An einer Aussprache vom 24. August 1972 mit den kantonalen Finanzdirektoren hat es sich denn auch gezeigt, dass die Mehrheit der Kantone die Vorteile des Postnumerandosystems (jährliche Veranlagung) für die direkten Steuern sowohl des Bundes als auch der Kantone und der Gemeinden grundsätzlich anerkennt. Sie tritt aber im Interesse einer genügenden Frist zur Anpassung der kantonalen Steuersysteme unbedingt für eine Verschiebung der Einführung dieses Systems bei der Wehrsteuer ein, in der Meinung, dass die damit zusammenhängenden steuertechnischen und organisatorischen Fragen in Zusammenarbeit von Bund und Kantonen noch einlässlicher geprüft werden sollen. In gleichem Sinn hat sich auch der Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren mit Schreiben vom 4. September 1972 geäußert.

Wir halten dafür, dass sich die von den kantonalen Finanzdirektoren angeführten Schwierigkeiten in gemeinsamer Anstrengung überwinden lassen, wenn den Kantonen eine angemessene Frist zur Anpassung zur Verfügung steht, ohne dass damit der Übergang auf die lange Bank geschoben würde. In diesem Sinne verzichten wir darauf, zusammen mit den heutigen Vorlagen über die Beschaffung von Mehreinnahmen auch eine solche für den Übergang zur jährlichen Veranlagung bei der Wehrsteuer einzubringen. Wir haben jedoch das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement angewiesen, die Einzelheiten eines solchen Übergangs zusammen mit den kantonalen Fachinstanzen so beförderlich abzuklären, dass möglichst bald eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreitet werden kann.

23 Finanzielle Auswirkungen

(vgl. Anhang, Tab. Nr. 3)

Wie bereits erwähnt, ergeben sich aus den in Abschnitt 21 beantragten Massnahmen keine Mehreinnahmen für das Finanzjahr 1973. Dagegen kann für das Jahr 1974 mit Brutto-Mehreinnahmen von 443 Millionen Franken, für das Jahr 1975 mit 580 Millionen Franken gerechnet werden. Davon entfallen

1974	263 Millionen Franken auf die Warenumsatzsteuer (= drei Viertel des Jahresmehrtrages)
	180 Millionen Franken auf die Wehrsteuer
1975	400 Millionen Franken auf die Warenumsatzsteuer
	180 Millionen Franken auf die Wehrsteuer.

Nach Abzug der Kantonsanteile am Mehrertrag der Wehrsteuer (54 Mio. Fr.) ergibt sich für den Bund im Jahre 1974 noch ein Nettomehrertrag von 389 Millionen Franken, im Jahre 1975 von 526 Millionen Franken.

Die Mehrerträge bei der *Warenumsatzsteuer* entstehen durch eine Erhöhung der Sätze um 10 Prozent gemäss Artikel 41^{ter} Absatz 3 BV.

Die Bruttomehrerträge bei der *Wehrsteuer* ergeben sich aus folgenden Massnahmen:

Aufhebung ab 1. Januar 1973 der Ermässigung von 5 Prozent (Art. 8 Abs. 3 Bst. f UeB-BV)	+ 90 Mio. Fr.
Erhöhung der Sätze um 10 Prozent (Art. 41 ^{ter} Abs. 5 Bst. c BV)	+ 180 Mio. Fr.
Ausgleich der kalten Progression im Ausmass von 10 Prozent (Art. 41 ^{ter} Abs. 5 Bst. c BV)	./ 90 Mio. Fr.
Total Brutto-Mehrertrag	— 180 Mio. Fr.

Damit sind in den Jahren 1974 und 1975 die nachstehenden *Gesamterträge* von Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer (in Klammern: geltendes Recht ab 1. Januar 1973 ohne die vorgeschlagenen Massnahmen) zu erwarten:

	1974 in Mio. Fr.		1975 in Mio. Fr.	
Warenumsatzsteuer	3 763	(3 500)	4 400	(4 000)
Wehrsteuer	1 980	(1 800)	1 980	(1 800)
Zusammen	5 743	(5 300)	6 380	(5 800)

Der Kantonsanteil an der Wehrsteuer würde sich von 540 Millionen Franken auf 594 Millionen Franken erhöhen.

24 Ergebnis der Befragungen

Das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement hat am 24. Juli 1972 den Finanzdirektionen der Kantone einen Bericht unterbreitet, in welchem die beabsichtigte Ausschöpfung der Flexibilität bei der Warenumsatzsteuer und bei der Wehrsteuer (Abschn. 21 hievor) dargestellt und ein Vorschlag für einen möglichst baldigen Übergang zur jährlichen Veranlagung bei der Wehrsteuer unterbreitet wurde. In einer Aussprache vom 24. August 1972 in Bern mit den Vorstehern der kantonalen Finanzdepartemente gaben verschiedene Kantone ihren Bedenken darüber Ausdruck, dass die Ausnützung der Flexibilität im Bereich der direkten Bundessteuer die Kantone zu stark konkurrenzieren. Sie befürworteten deshalb, bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, im Bundeshaushalt Mehreinnahmen zu erzielen, eine Konzentration des Bundes auf den Bereich der Verbrauchssteuern, d. h. eine Beschränkung auf die Erhöhung der Warenumsatzsteuer um einen Zehntel. Wenn auch nur mit Bedenken könnten sie, neben der Erhöhung des Warenumsatzsteuer-Satzes, höchstens einer Aufhebung der geltenden 5prozentigen Ermässigung bei der Wehrsteuer zustimmen. In gleichem Sinne

äusserte sich der Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren in einem Schreiben vom 4. September 1972 an den Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes.

Wie schon in Abschnitt 22 (Ziff. 224 hievore) dargelegt, äusserten sowohl die Teilnehmer an der⁴ Aussprache vom 24. August 1972 wie auch nachträglich der Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren schriftlich grösste Bedenken gegen eine zu rasche Verwirklichung des Planes, bei der Wehrsteuer zum System der jährlichen Veranlagung überzugehen, ohne den Kantonen genügend Zeit zu lassen, sich nach Möglichkeit auch für ihre eigenen Steuern auf dieses neue Erhebungssystem umzustellen.

Unsere Vorlagen tragen den von den Kantonen gegen den Übergang zur jährlichen Veranlagung (Postnumerandobesteuerung) geltend gemachten Bedenken dadurch Rechnung, dass sie auf die gleichzeitige Verwirklichung dieses Vorschlages zusammen mit der Ausschöpfung der Flexibilität verzichten (vgl. Ziff. 224 a.E.).

Angesichts der Finanzlage des Bundes sind wir dagegen, trotz der von verschiedenen Kantonen und vom Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren geltend gemachten Bedenken, nicht in der Lage, auf die Ausschöpfung der ganzen Flexibilitätsspanne bei der Wehrsteuer, wie sie dem Bund in der Finanzordnung 1971–1982 zugestanden worden ist, zu verzichten. Dies um so weniger, als der Bund, wie dargetan, verfassungsrechtlich verpflichtet ist, die Folgen der kalten Progression auszugleichen, was ohnehin den theoretischen Mehrertrag aus der Ausschöpfung der Flexibilität bei der Wehrsteuer um einen Drittel vermindert.

3 Besonderer Teil

31 Erläuterung zur Gesetzesvorlage

Im einzelnen ist zum beiliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes zu bemerken:

Artikel 1

ordnet den Zuschlag von 10 Prozent bei der Warenumsatzsteuer ab 1. Januar 1974. Im übrigen wird an der durch die Finanzordnung 1971–1982 getroffenen Regelung bei der Warenumsatzsteuer, zum Beispiel bezüglich der baugewerblichen Arbeiten (Besteuerung nur von drei Vierteln des Entgelts) nichts geändert.

Artikel 2

regelt die Änderungen, die bei der Wehrsteuer für die nach dem 31. Dezember 1972 beginnenden Steuerjahre, d.h. mit Wirkung ab 17. Veranlagungsperiode (Steuerjahre 1973/74), zu treffen sind; dabei ist zu beachten, dass die Aufhebung

der Ermässigung von 5 Prozent durch den gleichzeitig zu erlassenden Bundesbeschluss (vgl. Ziff. 32) angeordnet wird.

Absatz 1 verfügt, zum Ausgleich der Folgen der kalten Progression, die Streckung der Teilstufen des Tarifs für die Wehrsteuer vom Einkommen der natürlichen Personen (Art. 8 Abs. 3 Bst. b Ziff. 2 UeB-BV) um 10 Prozent.

Absatz 2 ordnet die Erhöhung der Steuersätze für natürliche und juristische Personen (einschliesslich der Steuer von Rückvergütungen und Rabatten) um 10 Prozent an. Dabei ist von den in Artikel 8 Absatz 3 UeB-BV vorgeschriebenen Steuersätzen, nach Aufhebung der Ermässigung von 5 Prozent (vgl. *BB-Entwurf*) und nach Streckung des Einkommenssteuertarifs für natürliche Personen (Abs. 1), auszugehen.

Absatz 3 folgt dem Grundsatz, wonach Steuer Mehrbelastungen nicht rückwirkend angeordnet werden dürfen. Dementsprechend sollen Wehrsteuerforderungen für das Jahr 1973, die wegen Aufhörens der Steuerpflicht (Wegzug ins Ausland, Tod, Liquidation einer juristischen Person) vor Inkrafttreten des Gesetzes fällig geworden sind, noch nach den am 31. Dezember 1972 in Kraft stehenden Bestimmungen berechnet und erhoben werden, wobei die für die Steuerjahre 1971 und 1972 angeordneten Sonderbestimmungen (Art. 8 Abs. 4 UeB-BV) nicht zur Anwendung kommen.

Artikel 3

beauftragt den Bundesrat, die Beschlüsse über die Warenumsatzsteuer und die Wehrsteuer den Änderungen in den Artikeln 1 und 2 anzupassen. Er entspricht sinngemäss der Delegationsordnung von Artikel 8 Absatz 5 UeB-BV. Der bisherige Auftrag wird in bezug auf die Warenumsatzsteuer dahin ergänzt, dass – zur Beseitigung störender Ungleichheiten – bei der Steuer auf der Wareneinfuhr die Verjährung (bisherige Frist zwei Jahre) und die Frist für die Steuerberichtigung im Sinne von Artikel 49 Absatz 4 des Warenumsatzsteuerbeschlusses (Anpassung an die Steuer auf einer entsprechenden Inlandlieferung; bisherige Frist ein Jahr) an die Regelung für die Verjährung der Steuer auf dem Umsatz im Inland (Frist fünf Kalenderjahre) anzugleichen ist.

Artikel 4

ermächtigt den Bundesrat, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zu bestimmen, das dem fakultativen Gesetzesreferendum untersteht (Art. 89 Abs. 2 BV).

32 Erläuterung zum Bundesbeschluss

Artikel 1

hebt die durch Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe *f* UeB-BV eingeführte Ermässigung der Wehrsteuer von 5 Prozent auf und vermeidet, in Übereinstimmung mit Artikel 2 Absatz 3 des Bundesgesetzentwurfes, rückwirkende Mehrbelastungen

Artikel 2

entspricht Artikel 3 des Bundesgesetzentwurfes.

Artikel 3

schliesst das Referendum aus und stellt sicher, dass der Beschluss nur zusammen mit dem Bundesgesetz in Kraft tritt.

4 Verfassungsmässigkeit

Die Erhöhung der Sätze der Warenumsatzsteuer und der Wehrsteuer um einen Zehntel sowie der Ausgleich der Folgen der kalten Progression bei der Wehrsteuer vom Einkommen der natürlichen Personen haben ihre verfassungsmässige Grundlage im Artikel 41^{ter} Absätze 3 und 5 BV. Diese Massnahmen bedürfen gemäss Artikel 41^{ter} Absatz 6 BV und Artikel 8 Absatz 1 UeB-BV zu ihrer Verwirklichung eines Bundesgesetzes. Die im Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe f UeB-BV angeordnete Ermässigung der Wehrsteuer um 5 Prozent kann dagegen durch einen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss, für welchen das Referendum nicht verlangt werden kann, aufgehoben werden.

5 Antrag auf Abschreibung des Postulats der Finanzkommission des Nationalrates

Das Postulat 11 410 der Finanzkommission vom 20. September 1972 (vgl. Ziff. 211) ist mit der vorliegenden Botschaft erfüllt und kann als erledigt abgeschrieben werden.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, den 2. Oktober 1972

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Celio

Der Bundeskanzler:

Huber

(Entwurf)

Bundesbeschluss über die Aufhebung der Ermässigung der Wehrsteuer

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe *f* der Übergangsbestimmungen
der Bundesverfassung,

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 2. Oktober 1972¹⁾,

beschliesst:

Art. 1

¹ Für die nach dem 31. Dezember 1972 beginnenden Steuerjahre wird die in Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe *f* der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung angeordnete Ermässigung der Wehrsteuer von 5 Prozent aufgehoben.

² Auf Wehrsteuerforderungen für das Jahr 1973, die vor Inkrafttreten dieses Beschlusses fällig geworden sind, finden die am 31. Dezember 1972 in Kraft stehenden Bestimmungen des Wehrsteuerbeschlusses Anwendung.

Art. 2

Der Bundesrat hat den Beschluss über die Wehrsteuer der Änderung in Artikel 1 anzupassen.

Art. 3

¹ Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich; er untersteht jedoch auf Grund von Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe *f* der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung nicht dem Referendum.

² Er tritt im gleichen Zeitpunkt in Kraft wie das Bundesgesetz vom
über die Erhöhung der Warenumsatzsteuer und der Wehrsteuer und
den Ausgleich der Folgen der kalten Progression.

¹⁾ BBl 1972 II 1125

(Entwurf)

**Bundesgesetz
über die Erhöhung der Warenumsatzsteuer
und der Wehrsteuer und den Ausgleich
der Folgen der kalten Progression**

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf Artikel 41^{ter} Absätze 3, 5 und 6 der Bundesverfassung und
Artikel 8 Absätze 1–3 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 2. Oktober 1972¹⁾,

beschliesst:

Art. 1

Warenumsatzsteuer

Mit Wirkung ab 1. Januar 1974 werden die Sätze der Warenumsatzsteuer um einen Zehntel erhöht, bei Detaillieferungen auf 4,4 Prozent und bei Engros-lieferungen auf 6,6 Prozent des Entgelts.

Art. 2

Wehrsteuer

¹ Für die nach dem 31. Dezember 1972 beginnenden Steuerjahre wird, zum Ausgleich der Folgen der kalten Progression, der Tarif der Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen (Art. 8 Abs. 3 Bst. b Ziff. 2 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung) geändert. Die Steuer für ein Jahr beträgt:

bis	9 699 Franken Einkommen	0	Franken;
für	9 700 Franken Einkommen	20	Franken
	und für je weitere 100 Franken Einkommen	1	Franken mehr;

¹⁾ BBl 1972 II 1125

für 22 000 Franken Einkommen	143	Franken
und für je weitere 100 Franken Einkommen	3	Franken mehr;
für 38 500 Franken Einkommen	638	Franken
und für je weitere 100 Franken Einkommen	6	Franken mehr;
für 55 000 Franken Einkommen	1 628	Franken
und für je weitere 100 Franken Einkommen	8	Franken mehr;
für 71 500 Franken Einkommen	2 948	Franken
und für je weitere 100 Franken Einkommen	10	Franken mehr;
für 93 500 Franken Einkommen	5 148	Franken
und für je weitere 100 Franken Einkommen	12	Franken mehr;
für 242 880 Franken Einkommen	23 073,60	Franken
für 242 900 Franken Einkommen	23 075,50	Franken
und für je weitere 100 Franken Einkommen	9,50	Franken mehr.

² Mit Wirkung für die nach dem 31. Dezember 1972 beginnenden Steuerjahre werden die nach Absatz 1 und Artikel 8 Absatz 3 Buchstaben *c* und *d* der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung sich ergebenden Sätze der Wehrsteuer um einen Zehntel erhöht.

³ Auf Wehrsteuerforderungen für das Jahr 1973, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes fällig geworden sind, finden die am 31. Dezember 1972 in Kraft stehenden Bestimmungen des Wehrsteuerbeschlusses Anwendung.

Art. 3

Vollzug

Der Bundesrat hat die Beschlüsse über die Warenumsatzsteuer und die Wehrsteuer den Änderungen in den Artikeln 1 und 2 anzupassen. Bei der Warenumsatzsteuer hat er überdies für die Übergangszeit die Auswirkungen hinsichtlich der Überwälzung zu ordnen und bei der Steuer auf der Wareneinfuhr die Verjährung sowie die Frist für die Berichtigung der Steuer im Sinne von Artikel 49 Absatz 4 des Warenumsatzsteuerbeschlusses der für die Steuer auf dem Umsatz im Inland geltenden Regelung anzugleichen.

Art. 4

Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Tabellen

- Tabelle 1 Entwicklung der Finanzrechnung des Bundes 1970–1975
- Tabelle 2 Einnahmen aus Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer 1970–1975 nach geltendem Recht
- Tabelle 3 Ertragsmässige Auswirkungen der Ausschöpfung der Flexibilität bei Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer 1973–1975 (mit Ausgleich der Folgen der kalten Progression [10%] bei der Wehrsteuer natürlicher Personen)
- Tabelle 4 Wehrsteuer der natürlichen Personen, Belastung in Franken und in Prozenten.

Entwicklung der Finanzrechnung des Bundes 1970-1975

Tabelle 1

	1970 Rech- nung	1971 Rech- nung	1972 Vor- anschlag	1973 Finanz- plan ¹⁾	1974 Finanz- plan ¹⁾	1975 Finanz- plan ¹⁾
Ausgaben in Mio. Fr. . .	7 765	8 963	9 746	11 323	12 440	.
Einnahmen in Mio. Fr.	7 975	8 669	9 926	10 812	11 862	.
Überschuss (+) }	+ 210	— 294	+ 180 ²⁾	— 511	— 578	.
Defizit (—) }						

¹⁾ Gemäss Voranschlag 1972. An die Entwicklung angepasste Planungszahlen werden in der Botschaft zum Voranschlag 1973 veröffentlicht.
²⁾ Voraussichtlich dürfte dieser Überschuss nicht erreicht werden.

Einnahmen aus Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer 1970-1975 nach geltendem Recht

Tabelle 2

	1970 Rech- nung	1971 Rech- nung	1972 Vor- anschlag	1973 Vor- anschlag ¹⁾	1974 Finanz- plan ²⁾	1975 Finanz- plan ²⁾
Warenumsatzsteuer in Mio. Fr.	1 688	1 945	2 450	3 050	3 500	4 000
Wehrsteuer ¹⁾ brutto in Mio. Fr.	1 175	1 087	1 550 ³⁾	1 430	1 800	1 800
Zusammen	2 863	3 032	4 000	4 480	5 300	5 800

¹⁾ *Natürliche Personen*
1972/73 Staffelrabatt 25/15/5 %;
1974/75 Erhöhte und erweiterte Sozialabzüge, Ermässigung 5 %.

Juristische Personen
1972/75 Ermässigung 5 %.

²⁾ Provisorische Zahlen.
³⁾ Gemäss den neuesten Schätzungen dürfte dieser Betrag nicht erreicht werden.

**Ertragsmässige Auswirkungen der Ausschöpfung der Flexibilität
bei Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer 1973-1975**

(mit Ausgleich der Folgen der kalten Progression
[10%] bei der Wehrsteuer natürlicher Personen)

Tabelle 3

	1973		1974		1975	
	WUSt (Mio. Fr.)	WSt (Mio. Fr.)	WUSt (Mio. Fr.)	WSt (Mio. Fr.)	WUSt (Mio. Fr.)	WSt (Mio. Fr.)
<i>Erträge gemäss geltendem Recht (brutto) ...</i>	3 050	1 430	3 500	1 800	4 000	1 800
<i>Mehrerträge durch Ausschöpfung der Flexibilität</i>	Keine Auswirkungen					
Aufhebung der 5%igen Ermässigung bei der Wehrsteuer				+ 90		+ 90
Zuschlag 10% - Wehrsteuer				+ 180		+ 180
- Warenumsatzsteuer ..			+ 263		+ 400	
<i>Mindererträge durch Ausgleich der kalten Progression (10%) bei der Wehrsteuer vom Einkommen der natürlichen Personen</i>				- 90		- 90
<i>Bruttomehrerträge</i>			+ 263 + 180	+ 400 + 180		
			+ 443	+ 580		
Netto Bund			+ 263 + 126	+ 400 + 126		
			+ 389	+ 526		
Anteil Kantone			- + 54	- + 54		
			+ 54	+ 54		
<i>Gesamterträge brutto .</i>	3 050	1 430	3 763	1 980	4 400	1 980
Netto Bund	3 050	1 000	3 763	1 386	4 400	1 386
Anteil Kantone	-	430	-	594	-	594

Wehrsteuer der natürlichen Personen, Belastung in Franken und in Prozenten

Tabelle 4

Einkommen in Franken ¹⁾					Steuerbares Einkommen	Geltendes Recht (ab 1.1. 1973) Tarif 95%		Tarif 110% ⁷⁾				Mehrbelastung
Lediger ²⁾	Verheirateter ohne Kinder		Verheirateter mit 2 Kindern					ohne Ausgleich der kalten Progression		mit Ausgleich der kalten Progression (10%)		Tarif 110% mit Ausgleich der kalten Progression gegenüber geltendem Recht
	ohne Erwerbseink. der Ehefrau ³⁾	mit Erwerbseink. der Ehefrau ⁴⁾	ohne Erwerbseink. der Ehefrau ⁵⁾	mit Erwerbseink. der Ehefrau ⁶⁾				Fr.	% ⁸⁾	Fr.	% ⁸⁾	
10 000	12 778	15 000	15 445	17 667	9 000	(19.—) ⁸⁾	0,000 ⁸⁾	22.—	0,244	(14.30) ⁸⁾	0,000 ⁸⁾	—
11 112	13 889	16 112	16 556	18 778	10 000	28.50	0,285	33.—	0,330	25.30	0,253	— 3.20
16 667	19 445	21 500	21 900	23 900	15 000	76.—	0,507	88.—	0,587	80.30	0,535	+ 4.30
22 000	24 500	26 500	26 900	28 900	20 000	123.50	0,618	143.—	0,715	135.30	0,676	+ 11.80
32 000	34 500	36 500	36 900	38 900	30 000	408.50	1,362	473.—	1,577	421.30	1,404	+ 12.80
52 000	54 500	56 500	56 900	58 900	50 000	1 406.—	2,812	1 628.—	3,256	1 460.80	2,922	+ 54.80
82 000	84 500	86 500	86 900	88 900	80 000	3 971.—	4,964	4 598.—	5,748	4 177.80	5,222	+ 206.80
102 000	104 500	106 500	106 900	108 900	100 000	6 156.—	6,156	7 128.—	7,128	6 520.80	6,521	+ 364.80
152 000	154 500	156 500	156 900	158 900	150 000	11 856.—	7,904	13 728.—	9,152	13 120.80	8,747	+ 1 264.80
202 000	204 500	206 500	206 900	208 900	200 000	17 556.—	8,778	20 328.—	10,164	19 720.80	9,860	+ 2 164.80
222 800	225 300	227 300	227 700	229 700	220 800	19 927.20	9,025	23 073.60	10,450	22 466.40	10,175	+ 2 539.20
244 900	247 400	249 400	249 800	251 800	242 900	21 921.70	9,025	25 383.05	10,450	25 383.05	10,450	+ 3 461.35
302 000	304 500	306 500	306 900	308 900	300 000	27 075.—	9,025	31 350.—	10,450	31 350.—	10,450	+ 4 275.—

¹⁾ Einkommen nach Abzug der AHV-Beiträge und der Abzüge für Berufsauslagen.
²⁾ Berücksichtigter Abzug: Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen auf Sparkapitalien (Fr. 2000.—; Annahme für Einkommen unter Fr. 20 000.— = 10%)
³⁾ Berücksichtigte Abzüge: wie ²⁾, dazu Abzug für Verheiratete (Fr. 2500.—).
⁴⁾ Berücksichtigte Abzüge: wie ³⁾, dazu Abzug für Erwerbseinkommen der Ehefrau (Fr. 2000.—).
⁵⁾ Berücksichtigte Abzüge: wie ³⁾, dazu Abzug für Kinder (Fr. 1200.— je Kind).
⁶⁾ Berücksichtigte Abzüge: wie ⁴⁾, dazu Abzug für Kinder (Fr. 1200.— je Kind).
⁷⁾ Tarif 110% = Tarif gemäss Art. 8 Abs. 3 Bst. b Ziff. 2 UeB-BV mit 10% Zuschlag (Art. 41^{ter} Abs. 5 Bst. c BV).
⁸⁾ Jahressteuern, die weniger als 20 Franken betragen, werden nicht erhoben (Art. 8 Abs. 3 Bst. f UeB-BV).
⁹⁾ In Prozenten des steuerbaren Einkommens.

**Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über steuerliche Massnahmen
(Erhöhung von Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer; Ausgleich der Folgen der kalten
Progression) (Vom 2. Oktober 1972)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1972
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	44
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	11404
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.10.1972
Date	
Data	
Seite	1125-1147
Page	
Pagina	
Ref. No	10 045 565

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.